

Gegen alle, die uns das Recht auf ein Leben verwehren – in Griechenland und in Deutschland

Der **Verein Griechischer Akademiker in Berlin/Brandenburg** ruft seine Mitglieder, Freundinnen und Freunde dazu auf, an der Kundgebung gegen die extrem hohen Mieten teilzunehmen, die von verschiedenen Organisationen und Vereinen der Stadt organisiert wird, am **Samstag, den 5. September, um 13:00 Uhr** vor dem Roten Rathaus.

Die Kundgebung gegen die Mieten findet am selben Tag statt wie die landesweite Demonstration anlässlich der Internationalen Messe Thessaloniki (TIF), zu der die Verbände, Vereine und regionale Gewerkschaftsverbände Griechenlands unter der Losung aufrufen: „Geld für Löhne, Gesundheit und Bildung – Keine Opfer für den Krieg und ihre Profite!“ Als griechische Wissenschaftler*innen in Berlin kämpfen wir gemeinsam mit den Werktätigen in Deutschland und Griechenland gegen die volksfeindliche Politik des deutschen und des griechischen Staates und ihrer Regierungen.

Vom ersten Tag an, als wir in Berlin ankamen und nach einer Wohnung suchten, wurden wir mit der Wohnungsknappheit und den extrem hohen Mieten konfrontiert, die das Einkommen der Werktätigen, der Familien aus den Volksschichten und der Jugend auffressen. Allein im letzten Jahrzehnt beliefen sich die Mietsteigerungen in unserer Stadt auf 70 %. Der Grund dafür ist, dass Wohnen nicht als ein Recht angesehen wird, das für das ganze Volk gewährleistet sein muss, sondern als extrem teure Ware und als Feld für schamlose Profite für Immobilienunternehmen, Bau-, Bank- und Energiekonzernen, Airbnb-Unternehmen sowie große Hotelketten.

Genau damit befasste sich auch das jüngste Treffen der Finanzinvestoren auf der „SuperReturn“ Anfang Juni in Berlin.

Alle Parteien, die im Land Berlin um die Regierungsmacht kämpfen, sowie alle bisherigen Regierungen verteidigen die Interessen der Konzerne, behandeln Land und Wohnraum entsprechend als Handelsware und untergraben das Recht auf bezahlbaren, modernen Wohnraum. Egal, wie viele Häuser also gebaut werden, sie dienen ihren Profiten und nicht den Bedürfnissen des Volkes. Wir haben Erfahrungen aus dem letzten Referendum in der Stadt, aus den falschen Hoffnungen, die es bei Tausenden von Berlinern geweckt hat, indem es ihnen die Illusion vermittelte, das Problem könne durch ein Gesetz gelöst werden, und aus der Enttäuschung, die sein Ausgang letztendlich mit sich brachte.

Die Forderungen nach einer Senkung der Mieten, nach dem Bau neuer Wohnungen mit staatlicher Finanzierung, nach Schutz vor Zwangsräumungen, für ein Mietdeckel bei Mietsteigerungen sowie für den Schutz potenzieller Mieter vor rassistischer Diskriminierung sind berechtigte Forderungen, die auf einer harten Realität beruhen.

Diese Realität umfasst einerseits harte Kürzungen im Gesundheits- und Versicherungswesen, im Arbeitsrecht durch die Abschaffung des Achtstundentags, Preissteigerungen, Inflation und eine Energiekrise, und andererseits die Umleitung von Milliardenpaketen an die Monopole, in die Kriegswirtschaft und zur Vorbereitung ihrer imperialistischen Kriege. Diese harte Realität ist in Griechenland und Deutschland gleich: Eine Verdreifachung der Kriegsausgaben für Deutschland ab 2022, höhere Ausgaben als alle anderen NATO-Länder für Griechenland.

Als in Berlin tätige Wissenschaftler, die den Weg der Emigration eingeschlagen haben, erleben wir heute im Ausland erneut das, was manche von uns vielleicht glaubten, hinter uns gelassen zu haben. In jedem Land sinkt der Lebensstandard, anstatt aufgrund technologischer und wissenschaftlicher Errungenschaften zu steigen. Ein einfacher Vergleich mit der Lage vor 5, 10 oder 20 Jahren reicht aus.

Als griechische Migranten in Deutschland sind wir den Angriffen des griechischen Staates doppelt ausgesetzt. Wir erleben sie durch die volksfeindlichen Maßnahmen und die Mängel im Gesundheitswesen, im Bildungswesen und bei der Infrastruktur, die uns und unsere Familien in Griechenland treffen und die es uns unmöglich machen, zurückzukehren. Aber wir erleben sie auch durch die völlige Abwesenheit des griechischen Staates bei den Themen, die uns als griechische Migranten im Ausland betreffen und die sich Jahr für Jahr anhäufen und die keine Regierung lösen wollte oder will. Im Gegenteil, jede Regierung hat ihren Stempel darauf gedrückt, sodass

diese Probleme immer größer werden. Sie betrachten uns als Kostenfaktor, und nur im Wahlkampf kommen sie, um uns als angebliche Botschafter des Hellenismus zu umschmeicheln und Stimmen zu fangen.

Probleme mit Personalmangel in den Konsulaten, Probleme in unserer Beziehung zum griechischen Staat, eingeschränkte Möglichkeiten bei der Ausstellung von Dokumenten wie dem Personalausweis, extrem hohe Gebühren, entgangene Tageslöhne, Reisekosten und Unannehmlichkeiten für uns alle, Stress, Stress, die jeweiligen Fristen einzuhalten, oder Termine, die erst nach vielen Monaten stattfinden, sind nur einige Beispiele dafür.

Die Benachteiligung und Unterfinanzierung des griechischsprachigen Bildungswesens, was unter anderem zu Personalmangel und schließlich zur Schließung der Abteilungen für Griechische Sprache führt. Eine griechische Gemeinschaft, die, anstatt feste Mittel vom griechischen und deutschen Staat einzufordern, um den aktuellen Bedürfnissen der griechischen Einwanderer gerecht zu werden, sich bewusst zum "Projektjäger" des deutschen Staates macht, die die Umsetzung von Teilen seiner einwanderungsfeindlichen Politik voraussetzen.

Es wird darüber diskutiert, die Möglichkeit einer Zurückstellung des Wehrdienstes aufgrund eines Studiums und/oder einer Forschungstätigkeit abzuschaffen.

Wir sagen Nein zu all dem!

Wir schließen uns den Tausenden von Berlinern an, die „Wohnraum für alle, keine Millionen für wenige“ fordern.

Wir fordern:

- Bezahlbaren, modernen Volkswohnraum für alle.
- Land und Wohnraum als soziale Güter und nicht als Handelsware.
- Sofortigen Stopp der Zwangsräumungen.
- Angemessene Löhne, die unseren heutigen Bedürfnissen entsprechen und dem Stand von Wissenschaft und Technik gerecht sind.

Wir schließen uns dem Kampf der Werktätigen in Griechenland bei der landesweiten Kundgebung auf der Thessaloniki Internationale Messe (TIF) an.

Wir fordern:

- Sofortige Besetzung der konsularischen Dienststellen mit festangestelltem Personal.
- Kostenlose Dokumente und Behördengänge bei den griechischen Behörden.
- Zügige Bearbeitung dringender Angelegenheiten (Reisepässe, Wehrpflichtunterlagen, standesamtliche Urkunden, Eintragung von Neugeborenen, Eheschließungen) sowie Behördengänge beim Sonderstaatsamt von Athen.
- Sofortige und vollständige Besetzung der Abteilungen für Griechische Sprache mit festangestelltem und qualifiziertem Lehrpersonal.
- Abschaffung der unzumutbaren Schülerzahlgrenze für die Einrichtung von Abteilungen für Griechische Sprache.
- Sofortige Deckung des gesamten Bedarfs an materiell-technischer Infrastruktur, Räume und Bücher, ohne jegliche Belastung für die Familien der Schüler.
- Finanzierung aller Massenorganisationen von Migranten (Gemeinden, wissenschaftliche, kulturelle und sportliche Vereine) durch den griechischen und den deutschen Staat.

Wir kämpfen an der Seite der Vereine und anderer Massenorganisationen in Berlin dafür, dass die Bevölkerung nicht die Folgen des Krieges tragen muss.

Wir kämpfen für die Entflechtung Deutschlands aus jeglichem Krieg.

Wir kämpfen gegen die Teuerung und den Rückgang unseres Einkommens.

Wir kämpfen für Gesundheit und Versicherung, die unseren heutigen Bedürfnissen entsprechen.

Wir, die wissenschaftlichen Beschäftigten in Berlin, arbeiten nicht für ihre Kriege. Wir wollen, dass unsere Arbeit zur Erfüllung der heutigen Bedürfnisse der gesamten Gesellschaft genutzt wird.

Wir nehmen massenhaft an der Kundgebung am 5. September vor dem Roten Rathaus teil und überreichen vor der Kundgebung eine Protestresolution an die griechische Botschaft.

Postanschrift: Griechische Akademiker in Berlin/Brandenburg e.V. (Griechisches Kulturzentrum), Mittelstrasse 33, 12167 Berlin.

Webadresse: <http://www.gr-akademiker-berlin.de> **E-Mail:** gr.akademiker@googlemail.com, **Tel.:** +4915775905939 **Bankverbindung:**

Piraeus Bank S.A., D-60329 Frankfurt am Main, **IBAN:** DE31 5242 0600 8037 7707 18